



Medienkonferenz des Komitees gegen die Biodiversitätsinitiative vom 13. Juni 2024

Die Biodiversitätsinitiative schadet den Berggebieten und dem Tourismus

Christine Bulliard Marbach, Nationalrätin (Mitte / FR) und Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB

Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete SAB lehnt die Biodiversitätsinitiative entschieden ab. Gerade die Berggebiete erbringen schon viele Leistungen zu Gunsten der Biodiversität in der Schweiz. Weitere Auflagen und Einschränkungen wie sie die Biodiversitätsinitiative mit sich bringen würde, lehnt die SAB aber entschieden ab und empfiehlt deshalb für den 22. September 2024 ein klares Nein.

Berggebiete leisten bereits einen hohen Beitrag an die Biodiversität

Die Berggebiete und ländlichen Räume leisten bereits sehr viel für die Biodiversität und die Landschaftspflege. So ist zum Beispiel gerade in den Berggebieten der Anteil des biologischen Landbaus an den landwirtschaftlichen Nutzflächen sehr hoch. In einigen Regionen wie zum Beispiel der Region Albula beträgt dieser Anteil mehr als 80%. Zahlreiche Schutzgebiete wie die sogenannten BLN-Gebiete, Gletschervorfelder, Auenschutzgebiete, Moorlandschaften und Trockenwiesen liegen naturgemäss im Berggebiet. In bestimmten Gebieten wird bewusst auf eine Wasserkraftnutzung verzichtet und dies vertraglich abgesichert. Flussläufe werden im grossen Massstab renaturiert und mit Fischtreppe für die Fische wieder durchgängig gemacht. Der Gewässerraum darf nur noch extensiv bewirtschaftet werden. Die Liste könnte noch beliebig verlängert werden.

Initiative bringt massive Einschränkungen

Eine Annahme der Initiative würde zu massiven weiteren Einschränkungen führen. Wenn neu 30% der Landesfläche für die Biodiversität gesichert werden müssten, dann braucht es nicht viel Fantasie, um sich vorzustellen, wo diese Flächen zu liegen kämen. Mit weiteren Einschränkungen rechnen, müssten zahlreiche Bereiche wie die Landwirtschaft, der Tourismus, die Waldwirtschaft, die Bauwirtschaft, die Energieversorgung und die Erschliessung mit Infrastrukturen wie Strassen und Schienen. Gerade bei der Energieversorgung stellt die Initiative einen Rückschritt gegenüber den in den vergangenen Jahren hart erkämpften politischen Kompromissen zum Ausbau der erneuerbaren Energien dar. Diese Kompromisse wurden übrigens soeben in der Volksabstimmung vom 9. Juni 2024 durch das Stimmvolk bestätigt. Stark betroffen wäre auch der Tourismus. Projekte in Zusammenhang mit der Tourismusinfrastruktur sind schon heute mit aufwändigen Bewilligungsverfahren und Auflagen verbunden. Die laufend nötige Erneuerung von Wander- und Bikewegen, Seilbahnen, Hotels, Bergrestaurants usw. würde mit einer Annahme der Initiative nochmals weiter erschwert.

Auch Gemeinden stark betroffen

Von einer Annahme der Initiative stark betroffen wären auch die Gemeinden. Bei einer Annahme der Initiative müssten nicht nur der Bund und die Kantone, sondern auch die Gemeinden ihre Planungen anpassen und zusätzliche Einschränkungen hinnehmen. Durch die von der Initiative angestrebte höhere Gewichtung der Baukultur wäre die Siedlungs-



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete
Groupement suisse pour les régions de montagne
Gruppo svizzero per le regioni di montagna
Gruppa svizra per las regiuns da muntogna

entwicklung weiter erschwert. Dabei kämpfen zahlreiche Gemeinden schon heute stark mit den restriktiven Vorgaben des Raumplanungsgesetzes und der Zweitwohnungsinitiative. Viele Gemeinden in den Berggebieten und ländlichen Räumen sind aktuell von einer extremen Wohnungsknappheit betroffen. Zusätzliche Auflagen im Bereich der Baukultur würden die (Um-)nutzung bestehender Gebäude erschweren bis sogar verunmöglichen.

Die Berggebiete und ländlichen Räume brauchen nicht immer mehr neue Auflagen. Die Biodiversitätsinitiative schafft derartige zusätzliche Auflagen, schränkt den Handlungsspielraum weiter ein und muss deshalb klar abgelehnt werden.